Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 65 | Halver, Freitag, den 17. März | 1950

Acheson forderte die Sowjetunion zur Zusammenarbeit auf

Amerikanischer Appell an den Kreml

Nochmals: Freie Wahlen für Deutschland unter internationaler Kontrolle

dpa. Berkeley (Kalifornien), 17. März

In seiner angekündigten Rede an die Konferenz für internationale Zusammenarbeit in Berkeley (Kalifornien) forderte Außenminister Acheson am Donnerstag die Sowjetunion auf, mit den Vereinigten Staaten bei der Lösung der Weltprobleme zusammenzuarbeiten. Die Vereinigten Staaten seien immer bereit, sich an ehrlichen Bemühungen zu beteiligen, wünschten aber keinen Frieden um jeden Preis.

Acheson nannte sechs Hauptpunkte, in denen die Sowjetunion etwas zur Normalisierung der Verhältnisse tun könnte. Diese Punkte sind: 1. Festlegung der Friedensbedingungen für Deutschland, Japan und Oesterreich. 2. Verzicht auf Gewaltanwendung in den sowjetischen Satellitenstaaten. 3. Ende der Obstruktionspolitik in den Vereinten Nationen. 4. Zusammenarbeit mit den USA zur Kontrolle der Atomwaffen und zu allgemeiner Rüstungsbeschränkung. 5. Verzicht auf gewaltsame Aenderung bestehender Regierungssysteme mit Hilfe der kommunistischen fünften Kolonne. 6. Angemessene Behandlung diplomatischer Vertreter. — Schließlich sollten die Sowjetführer davon absehen, der Bevölkerung der Sowjetunion ständig ein falsches Bild von den Verhältnissen in der Welt zu geben.

Zum Punkt eins sagte Acheson, es seien nun nahezu fünf Jahre seit Einstellung der Feindseligkeiten vergangen, ohne daß die Alliierten in der Lage waren, die Friedensbedingungen für die besiegten Länder festzulegen. „Das ist eine schwerwiegende und außerordentlich beunruhigende Tatsache. Wir haben weder die Absicht, noch den Wunsch, Satelliten zu schaffen. Andererseits können wir aber auch keiner Regelung zustimmen, die Deutschland, Japan oder das befreite Oesterreich zu Satelliten der Sowjetunion machen würde."

Die Erfahrungen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien hätten bittere Enttäuschungen ausgelöst. Die Vereinigten Staaten würden nur Friedensverträge anerkennen, durch die das Sicherheitsbedürfnis aller Nationen verwirklicht werde.

„Für Deutschland stellt eine Vereinigung unter einer in freien Wahlen und unter internationaler Beobachtung gewählten Regierung ein Grundelement jeder annehmbaren Regelung dar", fuhr Acheson fort. „Wenn man diese Notwendigkeit anerkennt, und gewillt ist, die Friedensbedingungen festzulegen, dann könnte ein deutscher Vertrag aufgesetzt werden, der zwar nicht beanspruchen kann, all die vielseitigen und schweren Probleme der Situation in Deutschland zu lösen, er könnte aber trotzdem einen großen Teil der hauptsächlichen Spannungen bedeutend mildern."

Im Fernen Osten könnten die Sowjets der UNO-Kommission in Korea Zugang nach Nord-Korea gewähren. Sie könnten die japanischen Kriegsgefangenen entlassen.

In Punkt zwei schlug Acheson den Sowjets vor, ihre Truppen aus den Satellitenstaaten zurückzuziehen. Die Sowjets sollten endlich davon absehen, Regime an der Macht zu halten, die nicht das Vertrauen der betreffenden Völker auf Grund freier, ordnungsmäßiger Wahlen genießen. Nichts würde die internationale Atmosphäre so sehr verändern, wie Wahlen in den Satellitenstaaten, in denen der wahre Volkswille seinen Ausdruck finden würde.

Acheson forderte die Sowjetunion in Punkt drei sodann auf, ihre Obstruktionspolitik in den Vereinten Nationen aufzugeben. Im Punkt vier beschäftigte er sich mit den Einwendungen der Sowjetunion gegen ein internationales Inspektionssystem bei der Kontrolle von Atomwaffen und Rüstungsbeschränkungen im allgemeinen.

Acheson schloß seine programmatische Rede mit einem Hinweis auf die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, sich jederzeit an einer ehrlichen Friedensregelung zu beteiligen. Zur Zusammenarbeit gehören jedoch zwei. „Wenn sich die Sowjetunion an der Durchführung der von mir erwähnten Maßnahmen beteiligt, dann könnten wir alle der Zukunft mit großer Sicherheit entgegensehen. In unserer Friedenssehnsucht dürften wir uns nicht durch Gemeinplätze oder täuschende Friedensangebote verlocken lassen, hinter denen nicht ein in der täglichen Praxis greifbar demonstrierter guter Wille steht. Wir sind es leid, die Rolle des internationalen Dummkopfes zu spielen. Ich sehe noch kein Anzeichen, daß die sowjetischen Führer ihre Haltung ändern werden, bevor nicht die Fortschritte der freien Welt sie überzeugen, daß sie aus einem Weiterbestehen dieser Spannungen keinen Nutzen ziehen können."

Ein Salto de Gaulles

dmt. Paris, 16. März

In einer Presse-Konferenz setzte sich der Führer der französischen Sammlungsbewegung, General de Gaulle, für die von Dr. Adenauer vorgeschlagene deutsch-französische Union ein. Gleichzeitig billigte er jedoch die Saarkonventionen und verlangte, daß auch auf einer künftigen Friedens-Konferenz der Status des Saargebiets nicht verändert werden dürfe. Die große sowjetische Gefahr am Horizont müsse, so meinte er, die Leiden und Verbrechen der Vergangenheit vergessen machen, und es bestehe kein Grund zu der Annahme, warum der Rhein nicht zu einem europäischen Treffpunkt werden solle, anstatt eine Trennungslinie zu sein. Falls es zwischen Frankreich und Deutschland erneut zu Feindseligkeiten kommen sollte, dann wäre das Saargebiet für Frankreich ein kleines, aber notwendiges Pfand. (!)

Noch sind die inneren Zusammenhänge der Abberufung Robertsons nicht bekannt, und es ist auch ungewiß, ob sie jemals bekannt werden. Die starke Abkühlung des deutsch-englischen Verhältnisses, die in den letzten Monaten vor allem durch die hartnäckige Demontage-Politik Englands eingetreten ist, stellt den neuen britischen Hohen Kommissar vor keine leichte Aufgabe. Da man ihm jedoch eine gute Kenntnis der deutschen Probleme nachsagt, kann man erwarten, daß sich die Beziehungen wieder freundlicher gestalten und eine einheitlichere Linie zwischen den drei Westmächten in Bezug auf ihre Deutschland-Politik erreicht wird. Jedenfalls hat die britische Regierung mit dieser Ernennung einen Schritt nachgeholt, den die USA und Frankreich schon im vorigen Herbst getan hatten, als sie zu Hohen Kommissaren Diplomaten anstelle von Militärs bestellten.

General Robertson wird abgelöst

Wechsel im britischen Hohen Kommissariat – Kirkpatrick als Nachfolger

dpa. Bonn, 16. März

Der bisherige Hohe Kommissar in Deutschland, Sir Brian Robertson, ist zum Oberkommandierenden der britischen Streitkräfte für den Nahen Osten ernannt worden. Der Name seines Nachfolgers ist in Bonn noch nicht bekannt. Nach Meldungen aus London wird Sir Ivone Kirkpatrick als Nachfolger genannt. Kirkpatrick war bislang Leiter der Deutschland-Abteilung im Foreign Office. General Robertson wird wahrscheinlich im Juni den Oberbefehl im Nahen Osten übernehmen.

Sir Brian Robertson war bis zum Inkrafttreten des Besatzungs-Statutes Militärgouverneur für das britische Besatzungsgebiet und zugleich in seiner Eigenschaft als britischer General Oberkommandierender aller britischen Streitkräfte im britisch besetzten Gebiet Deutschlands.

•

Der Staatssekretär im Foreign Office Sir Ivone Kirkpatrick hatte Anfang Dezember vorigen Jahres durch seinen Besuch in Düsseldorf und eine Rede viel Staub aufgewirbelt, in der er sich vor deutschen Industriellen und Politikern, unter denen sich auch Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen befand, mit der Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen auseinandersetzte. Seine Rede war insofern bedeutsam, als sie bei aller Schärfe, mit der er Deutschland vor einer neuen abenteuerlichen Politik warnte, doch darauf abzielte, einen Schlußstrich unter die damals viereinhalb Jahre Besatzungs-Politik zu ziehen. Aus den Düsseldorfer Gesprächen ging hervor, daß Kirkpatrick für die Schwierigkeiten Deutschlands sich aufgeschlossen zeigte, was man von dem abgelösten General Robertson, der eher ein Militär als ein Politiker ist, nicht immer behaupten konnte.

SPD-Mißtrauensantrag gegen Köhler abgelehnt

Das Demokratie-Schutzgesetz an Ausschüsse verwiesen

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 17. März

In der Sitzung des Bundestages verlangte die SPD, den von ihr überreichten Mißtrauensantrag gegen Bundestagspräsident Dr. Köhler auf die Tagesordnung zu setzen. Abgeordneter Ritzel (SPD) begründete den Antrag damit, daß nach der Auffassung seiner Fraktion Dr. Köhler bei verschiedenen Anlässen sein Amt nicht mit der Sorgfalt und Unparteilichkeit ausgeübt habe, die erforderlich seien. Er erklärte, daß Dr. Köhler das Vertrauen der SPD nicht mehr besitze, daß aber keinerlei persönliche oder politische Motive für den Mißtrauensantrag maßgebend gewesen seien.

Demgegenüber verwies namens der CDU der Abgeordnete Schröter auf die Unmöglichkeit, einen mit den Stimmen der SPD auf vier Jahre gewählten Präsidenten abzusetzen, da ein solches Verfahren sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen die Geschäftsordnung verstoße. Im übrigen sei der Antrag der SPD im wesentlichen politischer Natur, da die SPD unmittelbar nach dem Zwischenfall sofort den Beschluß gefaßt habe, gegen Dr. Köhler einen Mißtrauensantrag einzubringen. Es sei mit dem Geist des Grundgesetzes unvereinbar, aus politischen Gründen den Bundespräsidenten seines Amtes zu entsetzen, da dessen Amtsführung irgendwelchen politischen Strömungen entzogen bleiben müsse.

Bei der Abstimmung stimmten die Regierungsparteien, sowie die Rechte geschlossen gegen den sozialdemokratischen Antrag, der damit abgewiesen war.

Der von der SPD eingebrachte Gesetzentwurf „gegen die Feinde der Demokratie" wurde nach eineinhalbstündiger Debatte an den Ausschuß zum Schutz der Verfassung und an den Rechtsausschuß verwiesen. Namens der SPD erklärte der Abgeordnete Dr. Greve, daß zwar die beste Sicherung des demokratischen Staates darin liege, die wirtschaftliche Existenz der breiten Massen zu gewährleisten, daß aber dennoch ein Rechtsinstrument geschaffen werden müsse, um ein Umsichgreifen staatsfeindlicher Tendenzen zu verhindern. „Wer heute noch von den Widerstandskämpfern und von den Juden anders als mit Respekt spricht, verdient nicht den Schutz dieses Staates", rief Dr. Greve aus und bezeichnete den von seiner Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf als eine offene Kampfansage an die Feinde der Demokratie, die heute wieder genau so rührig seien wie unter der Weimarer Republik.

Auch Bundesjustizminister Dr. Dehler bejahte die Notwendigkeit strenger Strafbestimmungen, durch die die junge deutsche Demokratie mit allen Mitteln gestützt werden müsse. Der Minister wies darauf hin, daß im Justizministerium bereits ein Gesetzwerk in Arbeit sei, das im wesentlichen dem von der SPD geforderten Sondergesetz entspreche. Dr. Dehler sagte, daß die Bundesregierung es für nützlicher erachte, die Strafbestimmungen gegen die Feinde der Demokratie in das ordentliche Strafrecht einzubauen und ihnen nicht den Charakter eines Sondergesetzes zu geben. Auch nach 20 Jahren sollen alle diejenigen, welche es angeht, wissen, daß sie ein Verbrechen begehen, wenn sie sich gegen unseren demokratischen Staat versündigen, und gerade deswegen hält die Regierung es für richtiger, das Strafgesetzbuch zu erweitern. Dr. Dehler kündigte an, daß die Ergänzung des Strafgesetzes in Kürze dem Kabinett zugehen werde. Namens der CDU beantragte der Abgeordnete Kiesinger die Verweisung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes an die zuständigen Ausschüsse, um diesen Gelegenheit zu geben, den Entwurf zusammen mit dem Entwurf der Bundesregierung zu prüfen.

Erfinder-Schicksale in unserer Zeit

Churchill hat kürzlich als Ursache für die Schwierigkeiten der britischen Wirtschaft auch den Rückgang des Erfindergeistes in England angegeben und dabei ausdrücklich auf Deutschland als Vorbild für Ideenreichtum verwiesen. Man sollte jedoch meinen, die englischen Erfinder könnten getrost für ein paar Jahre ins weekend fahren. Denn nach Sir Stafford Cripps liegen allein 10 000 Berichte über deutsche Produktionsverfahren zu jedermanns Einsicht in London aus, die britische Untersuchungskommissionen abgefaßt haben, und sind allein 40 000 neue Vokabeln in englischer Sprache notwendig, um den Schatz der erbeuteten deutschen Patente zunächst einmal nur sprachlich einzuordnen. Insofern aber hat Churchill recht, als nämlich die Reaktion auf die große Katastrophe nicht einen Zusammenbruch des deutschen Erfindergeistes zur Folge hatte, sondern ungeahnte Kräfte freimachte und große Energien auslöste.

Die Amerikaner werfen in diesem Jahre 2,2 Milliarden Dollar für ihre Forschung aus. 1949 waren es 1,4 Milliarden. Die interessierten Firmen haben regelrechte „Erfindertrusts" gegründet und riesige Laboratorien und Versuchswerkstätten geschaffen. Ihr Patentamt verzeichnet jährlich 50 000 Neuanmeldungen. Frankreich lenkt bekanntlich Jahr für Jahr mit seinem Concours Lépine in einer effektvollen Weise die Aufmerksamkeit der breiten Masse auf das Schicksal seiner Erfinder. Die Verarmung, Demontage und Entflechtung der deutschen Industrie hat vor allem die schöpferische Arbeit getroffen. Die großen Versuchsanstalten und Laboratorien sind zertrümmert oder können von den kleinen Unternehmungen nicht mehr unterhalten werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt droht daher in zunehmendem Maße abzusinken. Die Qualitätsarbeit des deutschen Facharbeiters allein reicht nicht aus, wenn ihm nicht gleichzeitig der Erfinder neue Fabrikationsmethoden, sensationelle Artikel und Neuheiten erschließt. Eine Erfindermesse, erstmalig und versuchsweise in diesen Tagen in München gestartet, soll den vielfach verlorengegangenen Kontakt mit unserer Industrie wiederherstellen und für Erzeuger Anreiz bieten, sich hier mit Neuheiten vertraut zu machen. Die deutsche Industrie läuft andernfalls Gefahr, eines Tages auf dem Lizenzwege aus dem Auslande Errungenschaften der Technik teuer erwerben zu müssen, die im eigenen Lande erdacht wurden.

Die Bildung eines „Erfinder-Schutzverbandes" in München als Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation bedeutet einen erheblichen Fortschritt. In sehr wesentlichen Fällen hat er auf seine Kosten Patentanmeldungen für völlig mittellose Erfinder vorgenommen. Auch übernimmt jetzt die Patentanwaltskammer die kostenlose Beratung Mittelloser. 57 000 Anmeldungen liegen seit Oktober 1949 bei dem wiedereröffneten Deutschen Patentamt in München vor. Die wichtigste Nachricht, die wir zuverlässig ermitteln konnten, dürfte die sein, daß aus ERP-Mitteln Kredite für die deutsche Forschung freigemacht werden sollen, die einigen Erfindern Existenz und Weiterarbeit ermöglichen dürften.

Es ereignen sich derzeit groteske Fälle. Wir sprachen den Erfinder einer modernen Verputzmaschine, durch die 50 Prozent an Arbeitskraft beim Wohnungsbau eingespart werden können. Das Wiederaufbauministerium bestellte den Mann dringend nach Bonn, ohne ihm das Reisegeld zu schicken. Er versetzte seine Schreibmaschine, um überhaupt reisen zu können.

Der Erfinder ist kein Geschäftsmann. Er hat tausend Ideen, aber kein Geld. Dennoch schafft er die Voraussetzung für eine konkurrenzfähige Wirtschaft. Arm an Rohstoffen und Devisen sind wir mehr denn je auf seine Geisteskraft angewiesen. Wir haben kein Erbe unserer Väter zu verzehren, sondern Wohl und Wehe liegt in der Arbeitskraft der Facharbeiter und in unseren Ideenkräften. Die Früchte deutschen Geistes sind nun lange genug von anderen ausgebeutet worden, ihre Abwanderung in die Welt hat längst jedes erträgliche Maß überschritten, so daß es an der Zeit ist, die Aufmerksamkeit der Nation auf das Schicksal seiner besonders wertvollen Söhne zu lenken.

P.

Tragikomödie um die Benzinpreise

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 16. März

Der Bundestag beschäftigte sich am Donnerstag zum neunten Mal mit der Treibstoff-Frage, ohne auch diesmal zu einer endgültigen Regelung zu kommen. Wirtschaftsminister Prof. Erhard bat das Haus um Aussetzung der Beratung, da das Bundeskabinett eine neue Vorlage ausarbeite, die in Kürze vorgelegt werde. Der FDP-Abgeordnete Rademacher sprach darauf von einer wahren „Tragikomödie", da die Benzinfrage bereits in sämtlichen in Frage kommenden Ausschüssen ohne greifbaren Erfolg durchberaten worden sei.

Höhere Zinssätze für Spareinlagen

dpt. Bonn, 17. März

Die Finanzminister der Länder beschlossen, dem Bundesrat die Annahme des vom Bundestag beschlossenen Einkommensteuergesetzes zu empfehlen. Um wirksam zu werden, muß das Gesetz allerdings noch die Hohe Kommission passieren, die ein Einspruchsrecht ausüben kann. Die Finanzminister erklärten sich außerdem mit einem Plan einverstanden, nach dem die Zinssätze für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist heraufgesetzt werden sollen. Bei Verwirklichung des Planes soll bei 12monatiger Kündigungsfrist mit 4¼ % verzinst werden. Der gegenwärtige Zinssatz beträgt 2½ %.

Die Seite der Heimat

Halver, 17. März 1950

Der Dorftrompeter

Unser Sprachschatz kennt bis in die rückliegenden Jahrhunderte hinein den Stabstrompeter, den Postkutschentrompeter, den Schloßtrompeter, aber diese Herrlichkeiten sind vorbei; die Stäbe wurden aufgelöst, die Postkutschen hat man motorisiert, und auf den Schlössern, soweit sie noch vorhanden sind, residieren keine Dornröschenväter mehr, allenfalls noch Behörden und landwirtschaftlich beflissene Familien. Sic transit gloria mundi.

Nur wenige gelernte Trompeter durften sich in „Bläser" umbenennen und den pensionsberechtigten Stuhl eines städtischen Orchesters beziehen, die übrigen haben ein saures Brot. Oft wandern sie uni sono über Land, und zuweilen läßt solch ein ziviler Romantiker auch in Halver und Umgebung seine Piston-Soli vernehmen. Als es neulich kalt war, trug er wollene Ohrenwärmer (vielleicht noch vom unseligen Ostfeldzug her), mit dicken Wangen und verkniffenen Lippen hauchte er kräftig ins Instrument, und da er gleichsam ein Jedermannprogramm zum Repertoire hatte, mußte er natürlich Konzessionen machen.

Wo viele Kinder spielten, hörte man „Hänslein klein, ging allein", wo eine mildtätige Großmutter aus dem Fenster guckte, bediente er sie mit „Aus der Jugendzeit", und wo eine Kuh ihr weintraubenhaftes Euter schwenkte, dort warnte er sie vor jeglichem Hochmut: „Am Mississippi wächst auch ein Wein"! Na ja, und wo letztlich, wie zum Beispiel auf der belebten Frankfurter Straße oder am Markt, so ziemlich alle Schichten, Generationen, Konfessionen und Berufe friedlich beisammen wohnen, da einigte er sie samt und sonders mit der aktuell bleibenden Frage: „Wer soll das bezahlen —?"

Der Trompeter von Säckingen bewegte Herrn Viktor von Scheffel so sehr, daß er eine rührende Romanze um ihn dichtete, und hernach komponierte der nicht minder sanguinische Emil Kaiser eine Oper dazu. Aber die Zeiten sind herber, ja krasser geworden; für den Trompeter von Halver muß ein kurzlebiges Feuilleton genügen, mehr können wir uns nicht leisten, morgen schwirrt schon wieder ein neues Sujet um unsere Sinne.

Ich weiß nun nicht, um einmal von der kommerziellen Seite zu reden, ob der wandernde Bläser besonders üppige Geschäfte macht. Zwar klafft seine Manteltasche immer weit offen, wenn er seine Kanzonen spielt, damit man im Vorübergehen rasch seinen Unkostenbeitrag zum Platzkonzert einstecken kann wie in einen Briefkasten, aber das kommt recht eigentlich selten vor. Vielleicht denkt mancher, der's könnte, gar nicht so weit. Vielleicht werden uns heutzutage schon zu viel Märsche geblasen. Und dabei meint es eben dieser Trompeter so gut mit uns. Meint es jedenfalls besser als die rigorosen Posaunisten damals mit den Mauern von Jericho.

Tromper ist französisch und heißt auf deutsch: täuschen. Meine Lieben, dieser Dorftrompeter will uns gewiß nicht täuschen, denn seine Töne macht er bestimmt alle mit dem Munde. Da aber der Mann bei seiner Musikalität auch noch Familie hat, sei er der Milde des Volkes empfohlen. Dorftrompeter haben etwas Idyllisches, und das Idyllische stirbt immer mehr, der Rationalismus würgt es ab. Tut mal was dagegen. -t.

Halver

Heute Abschlußprüfung der Fahrschule

Seit einigen Tagen findet auf dem Turnierplatz Karlshöhe, der vom Reiterverein durchgeführte Fahrlehrgang durch Fahrmeister Stem vom Landwirtschaftsverein in Münster statt. Um 2 Uhr beginnt die praktische Prüfung, die sich bis gegen 5 Uhr hinziehen dürfte. Die Prüfung besteht aus einem praktischen Teil und aus dem theoretischen Teil. Vor allen Dingen werden geprüft: theoretisches Fahren am Fahrlehrgerät, Straßenverkehrsordnung, Krankheit der Pferde und deren Verhütung, Fütterung und Wartung der Pferde. Wir berichten in unserer morgigen Ausgabe ausführlich über den Fahrlehrgang.

Silberhochzeit

Ihr 25jähriges Ehejubiläum können Hugo Klauke und Frau Marie geb. Göbeler, Hagedornstraße, am Sonntag, dem 19. März begehen.

Um ein Haar wärs Unglück dagewesen!

Gestern in der Frühe fuhr ein Personenwagen vorschriftsmäßig durch die Frankfurter Straße, um langsam in die unübersichtliche Kurve zur Marktstraße einzubiegen. Im gleichen Augenblick aber kam ein junger Mann auf seinem Rad die steile Marktstraße herunter, und zwar war er recht eilig. Deshalb schnitt er fahrwidrig die gefährliche Kurve, geriet vor das Auto und schlug, mit seinem Rad ausrutschend, gefährlich auf die Straße. Der Fahrer des Wagens konnte wegen seiner ordentlichen Fahrt sofort stoppen und so sonst unvermeidliches Leid verhüten. Der Radler trug offenbar keine schwereren Verletzungen davon, aber sein Stahlroß trug ihn nicht weiter, vielmehr wollte es jetzt getragen sein. Ein zweiter Radfahrer, der dem ersten dicht folgte, kam glücklicherweise nicht zu Schaden.

Der Film der Woche

Wie ein Märchen aus „Tausendundeiner Nacht" wird der Richard-Eichberg-Film „Der Tiger von Eschnapur", der am Wochenende in den Lichtspielen Karlshöhe gezeigt wird, auf die Zuschauer wirken. Diese Neuaufführung durch die Herzog-Film-GmbH. ist ausgestattet durch Tempo, Spannung und Sensationen. Der Hintergrund dieser turbulenten Ereignisse ist eine Prachtentfaltung echt indischen Glanzes, die ihre Wirkung auf die Zuschauer nicht verfehlen wird. Dazu ein gutes Beiprogramm und die neueste Wochenschau.

Private Krankenversicherung steuert neuen Kurs

Zwischen Krise und veränderter Zielsetzung — Bagatellschäden sollen verringert werden

Die Krise in der privaten Krankenversicherung (PKV), die im vergangenen Jahre auch für die Oeffentlichkeit immer deutlicher wurde, scheint ihren Höhepunkt überwunden zu haben. Die jüngsten Zahlen sprechen für eine leichte Entspannung.

Gegenwärtig will sich die PKV eine tragfähige Grundlage sichern, dabei aber doch den insgesamt 9 Millionen Versicherten ein Höchstmaß an Versicherungsschutz bieten. Man hat von der akuten Krisennot bereits etwas Abstand gewonnen und kann daher vielleicht um so besser die Entwicklung beurteilen. Was war eigentlich die Ursache der Krise?

Ursachen der Krise

Ohne Zweifel war es vor allem die allgemeine Kostensteigerung, die das angemessene Verhältnis zwischen Beitragseinnahmen und Schadensaufwendungen gestört hatte. Diese Steigerung liegt in der allgemeinen Teuerung, in der Zunahme und steigenden Schwere der einzelnen Schadensfälle sowie in dem Ueberangebot an Aerzten. Durch diese Entwicklung gerieten auch die Ersatzkassen in Bedrängnis.

Bei ihren Bemühungen um die Wiederherstellung eines finanziellen Gleichgewichtes dachte die PKV zunächst an Prämienerhöhungen. Damit war jedoch eine Verschlechterung der Risikomischung verbunden. Denn Versicherungsnehmer, die die Versicherung kaum beanspruchen, sperrten sich dagegen und sprangen ab, während schlechte Risiken die Verteuerung auf sich nahmen und blieben. Es hat sich gezeigt, daß die Prämie über einen bestimmten Satz hinaus nicht erhöht werden darf.

Parallel mit dem Vorhaben, das Beitragsaufkommen zu vermehren, sollten auch die Schadensaufwendungen verringert werden. Hierbei galt es einmal, der Vielbeschäftigkeit der Aerzte zu begegnen. Ferner wurde stärker darauf hingearbeitet, Art und Ausmaß der Behandlung selbst im Sinne einer Verringerung entbehrlicher ärztlicher Bemühungen zu beeinflussen. Auf dieser Linie muß sich aber die PKV Grenzen setzen, wenn nicht der Versicherte den Eindruck gewinnen soll, daß diese Bemühungen über das Ziel hinausschießen.

Tarifumbau notwendig

Mehr und mehr hat sich indes die Auffassung durchgesetzt, daß die eigentlichen Ursachen in einer Strukturkrise zu suchen sind, der nur mit einem vollständigen Tarifumbau begegnet werden kann. Die Grundsätze, die dazu führen sollen, laufen im wesentlichen darauf hinaus, die verhältnismäßig teuren Bagatellschäden aus den Leistungen auszuschließen, eine Selbstbeteiligung der Versicherten, vor allem bei den Arzneikosten, einzubauen und eine Schadensregulierungsgebühr von etwa 10 v. H. des Erstattungsbeitrages einzuführen. Die Sterbegeldversicherung soll als wesensfremd abgegeben werden. Bei schadenfrei verlaufender Versicherung wird an eine Prämienrückvergütung gedacht.

Diese Umgestaltung wird zur Zeit vorbereitet. Die alten Tarife sollen nach Möglichkeit von den Aenderungen nicht berührt werden. Die PKV erwartet indessen, daß sich die Versicherungsnehmer selbst für die neuen Tarife entscheiden, weil darin besonderer Wert darauf gelegt wird, an Stelle der auszuschaltenden Kleinstschäden einen ausreichenden Versicherungsschutz für schwere Fälle zu schaffen.

Die PKV will jetzt, statt ihre Kraft in einer Vielzahl von kleinen Schäden zu verzetteln, sich mehr zum eigentlichen Versicherungsprinzip hinwenden, nach der Richtung hin, daß der wirklich ernsthafte, den einzelnen stark belastende Krankheitsfall angemessen entschädigt wird. Dies ist das Ziel, das auch den seriösen Versicherungsnehmern vorschwebt.

Was ist Selbstbehalt?

Im übrigen soll der Versicherte wissen, daß jede Tarifänderung von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden muß. Es ist ihre Pflicht, die Interessen der Versicherten ausgiebig zu berücksichtigen. Darüber hinaus aber erwarten die Versicherten, daß sie von Tarifänderungen auf jeden Fall unterrichtet werden.

Unter den Mitteln, die zu einem wirksameren Schutz der Versicherten und gleichzeitig zu einem finanziellen Ausgleich bei den Versicherten führen sollen, spielt die Selbstbeteiligung der Versicherten eine bedeutende Rolle. Den sog. „Selbstbehalt" gab es bisher bereits in den Tarifen mancher Unternehmen. Zahlreiche Versicherungsnehmer legen keinen Wert darauf, kleine und kleinste Beträge erstattet zu erhalten. Sie wollen sich für größere Fälle gesichert wissen.

Diesen Wünschen entspricht der Tarif mit Selbstbehalt, der jetzt stärker gefördert werden soll. Danach hat der Versicherte in jedem Krankheitsfalle einen bestimmten Betrag, etwa 6,— bis 10,— DM, selbst zu bezahlen. So wird erreicht, daß der Versicherungsschutz, vor allem bei ernsteren Fällen, immer noch kräftig genug ist, aber auch der Versicherungsnehmer stets an die Kostenrechnung denken wird.

Den Selbstbehalt kennt man auch in verschiedenen benachbarten Ländern. In Norwegen ist die Selbstbeteiligung auf 33⅓ v. H. festgesetzt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es gut ist, den Versicherten wenigstens mit einer kleinen Quote an den Kosten zu beteiligen. Im übrigen ergibt sich ein Ausgleich dadurch, daß diejenigen, die in einem bestimmten Zeitraum die Versicherung nicht beansprucht haben, eine Prämienrückvergütung erhalten. H. R.

In Schalksmühle notiert . . .

Gemeindevertreter-Sitzung vorverlegt

Die auf den 24. März anberaumte Sitzung der Gemeindevertretung ist auf Donnerstag, den 23. 3., gleiche Zeit, verlegt worden.

Ehrenpatenschaft

Bundespräsident Prof. Th. Heuß übernahm über das 7. Kind der Eheleute Friedr. Funke und Frau Berta geb. Kasmirowski, Flaßkamp, Wolfgang Theodor Funke, geb. am 24. 12. 1949, die Ehrenpatenschaft. Die feierliche Ueberreichung erfolgte am Donnerstag, dem 16. 3.

Der Haus- und Grundbesitzerverein Schalksmühle-Dahlerbrück

lebt wieder auf. Zu diesem Zweck hatten sich eine ansehnliche Anzahl Interessenten im Restaurant „In der Liet" zusammengefunden. Den Vorsitz führte Franz Schmalenbach, Schalksmühle. Nach kurzer Erörterung der Einladung übergab er dem Redner Dr. Faiser aus Hagen vom Verband der Haus- und Grundbesitzer-Vereine das Wort zu seinem Vortrage über Zwecke und Ziele sowie die Notwendigkeit der Haus- und Grundbesitzervereine. Seine Ausführungen waren so erschöpfend und aufklärend, daß die überaus wissenswerten Ausführungen gar keinen Zweifel mehr aufkommen ließen, die Neubelebung des Vereins zu beschließen, was alsdann auch einstimmig erfolgte. 70 Anmeldungen erfolgten bereits sofort und in den nächsten Tagen sollen weitere Anmeldungen durch Werbebesuche getätigt werden, wie auch Neuanmeldungen bei dem neugewählten Vorstand erfolgen können. Der vorläufige Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Karl Müller, Bahnhofstraße, Schriftführerin Marianne Mesenhöller und Kassierer Fritz Hermann Bohmer, Beisitzer Adolf Peddinghaus, Gust. Mähler und Franz Schmalenbach. Der Vorsitzende Wever des Haus- und Grundbesitzervereins Brügge Westf. war mit in dieser Versammlung zugegen und konnte aus seinen Erfahrungen bereits manchen wertvollen Fingerzeig geben.

Bestandene Prüfung

An der hiesigen Mittelschule fand die Abschlußprüfung statt, und wurde folgenden Prüflingen das Abschlußzeugnis einer anerkannten Mittelschule zuerkannt: Herbert Bodes, Dieter Busch, Karl Compans, H. W. Krägeloh, Schalksmühle, Hans Lauert, Priorei, Wolfgang Oelschläger und Dieter Reinecke, Dahl, Walter Ruhrmann, Brügge, Hans Turk, Priorei, ferner Christa Albrecht, Vollme, Ilse Bald, Dahl, Gisela Berghaus, Rummenohl Gisela Brügger, Brügge, Christa Dicke, Schalksmühle, Waltraud Dienstuhl, Rummenohl, Christa von der Linde, Schalksmühle, Sieglinde Seip, Schalksmühle, Siegrid Siebert, Rummenohl und Edelgard Stupp, Schalksmühle.

Standesamtliche Nachrichten

Beim Standesamt der Gemeinde Hülscheid wurden in der Zeit vom 26. 2. bis 11. 3. 1950 beurkundet: Sohn geb.: Bauer Otto Unger, Schalksmühle-Nieder-Reeswinkel, Günter Othlinghaus, Dahlerbrück-Twieströmen, Anton Otterbeck, Halver, Thomasstraße 9, Horst Schreiber, Klagebach; Tochter geboren: Friedrich Winkler, Glörfeld, Paul Wirth, Oberbrügge, Rud. Bröcker, Sterbecke. Heiraten: Karl Neuhaus, Everinghausen und Anneliese Spelsberg, Holthausen. Sterbefälle: Witwe Hulda Schriever, geb. Mettberg zu Golsberg.

Deckinghausen / Carthausen

„Bauer Höhmann" war nicht Bauer Höhmann

Um in einer Lüdenscheider Gastwirtschaft eine ordentliche Zeche machen zu können, stellte im Oktober 1949 der Hilfsarbeiter R. aus Bierbaum bei Lüdenscheid seinen Zechgenossen Ernst F. aus Heesfeld als den Bauern Karl Höhmann aus Heesfeld vor. Sie wurden mit der Wirtin einig, daß „Bauer Höhmann" für 45 DM Kartoffeln liefern würde und der Gegenwert sogleich im Lokal verzehrt werden solle. — Der echte Bauer Höhmann war sehr erstaunt, als die Gastwirtin ihn wegen der Kartoffellieferung mahnte, aber noch erstaunter waren die beiden Zechkumpanen, als das Lüdenscheider Schöffengericht sie dieser Tage wegen dieser Art der „Kreditschöpfung" gemeinsam ins Gefängnis schickte. R. aus Bierbaum, der eigentliche Inspirator des sauberen Planes, muß 5 Monate brummen, während F. aus Heesfeld, der mehr ein Opfer seiner Trottelhaftigkeit geworden war, mit 5 Wochen davonkam. Faß-.

Wichtiger als Export- und Importziffern

Kundgebung „Volksgesundheit in Gefahr"

Unter dem Motto „Volksgesundheit in Gefahr" veranstalteten die Landesarbeitsgemeinschaft gegen die Geschlechtskrankheiten und die deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren eine Kundgebung im Düsseldorfer Landtagsgebäude, an der Vertreter der Bundes- und Landesregierung, die Kommunalbehörden und Wohlfahrtsverbände sowie eine große Anzahl von Fachleuten des Volksgesundheitswesens teilnahmen.

Ministerialrat Dr. Ewald Gerfeldt vom NRW-Sozialministerium bezeichnete die Fehlernährung, die Raumnot und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur als grundlegende Momente für die augenblickliche Position der deutschen Volksgesundheit. Trotz allmählicher Verbesserung der Ernährungslage hielten auf Grund der geringen Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten die Ernährungsschäden weiter an. Zusammen mit der allgemeinen Raumnot und regionären Wohnungsnot in Westdeutschland und der starken Verschiebung der Geschlechtsverhältnisse habe dies zur Entwicklung eines sozialen Klimas beigetragen, das reich an Zündstoff und Spannungen sei.

Dr. Gerfeldt schilderte die Gefahren der Geschlechtskrankheit. Hausangestellte, Industriearbeiter und Berufslose hätten in den letzten Jahren mit 56 Prozent den größten Teil der Geschlechtskrankheiten gestellt. Der Anteil der Jugendlichen bis zu 18 Jahren betrage z. Z. 20 Prozent.

Die Rauschgiftsucht habe auch in einfachen, bisher verschonten Volkskreisen um sich gegriffen und werde z. Z. zu 17 Prozent bei Arbeitslosen, Invaliden und Rentnern und zu 15 Prozent bei Handwerkern und Arbeitslosen angetroffen.

Oberstudiendirektor Wilhelm Ellbracht, Hamm, hob hervor, daß Schule und Elternhaus als Erziehungsmächte versagt hätten. Die deutsche Schule bestehe für viele Schüler nur am Rande ihres Lebens. „Wir müssen uns darauf besinnen", sagte Ellbrecht, „daß die Export- und Importziffern weniger entscheidend für die Zukunft unseres Volkes sind als eine in Familie und Schule wohlerzogene Jugend".

Der Geschäftsführer der deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren, Hans Seidell, Büren, warnte vor einer Bagatellisierung der Suchtgefahren. „Wir sind nicht weit davon entfert, daß Nikotin- und Alkoholsucht zu einer Volkskrankheit werden". Der gedankenlose Kollektivzwang zum Rauchen und Trinken müssen gebrochen werden. Lnw.

Kierspe

Der Film am Wochenende

Die Verfilmung eines der bekanntesten und spannendsten Romane der Weltliteratur, Robert L. Stevensons „Dr. Jekyll und Mr. Hyde" läuft am kommenden Wochenende unter dem Titel „Arzt und Dämon" und schildert die unheimliche Geschichte eines Mannes, der durch Versuche an sich selbst sein Unterbewußtsein zum Leben erweckt. Der große Charakterdarsteller Spencer Tracy vollzieht in diesem Metro-Goldwyn-Mayer-Film auf offener Szene die Verwandlung des Menschen zum Dämon. Die weiblichen Hauptrollen sind ebenfalls mit wohlbekannten Namen besetzt: Ingrid Bergmann und Lana Turner spielen in diesem packenden Streifen unter der Regie von Viktor Fleming, der durch den Film „Vom Winde verweht" Weltruhm erlangte.

Die Entwicklung im Großhandel

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Bundestages will sich mit dem bereits vor mehreren Monaten gestellten Antrag der CDU/CSU nach einem Gewerbezulassungs-Gesetz für das gesamte Bundesgebiet beschäftigen. Bei einer bejahenden Stellungnahme müßte der Bundestag aufgefordert werden, von der Bundesregierung die Ausarbeitung eines derartigen Gesetzentwurfes zu verlangen. Die einheitliche Regelung der Gewerbezulassung ist recht bedeutsam, um in allen Ländern gleichartige Wettbewerbsmöglichkeiten zu schaffen. Zurzeit ist es in der amerikanischen Zone einfacher, geschäftlich tätig zu werden als in den übrigen Besatzungsgebieten. Außerhalb des amerikanischen Einflußbereiches ist es besonders die Zulassung zum Einzelhandel, für die noch einige Voraussetzungen verlangt werden, nämlich der Nachweis der Sachkunde und der Zuverlässigkeit. Für den Großhandel wird nicht einmal dieser Nachweis überall verlangt, so nicht an den für ihn wichtigen Plätzen Hamburg und Schleswig-Holstein (ausgenommen der Großhandel mit Nahrungsmitteln und Holz).

Vermutlich wird der Großhandel in der Regel auch von sich aus mit dem Verzicht auf irgendeine Zulassungsprüfung am ehesten einverstanden sein, soweit nicht Sonderfälle vorliegen, wie z. B. bei noch bewirtschafteten Waren. Dazu dürfte an erster Stelle beitragen, daß die Anforderungen an die Höhe des Betriebskapitals recht beachtlich gestiegen sind. Wer die heute für eine Großhandelsfirma erforderlichen Betriebsmittel aufbringen kann, sei es aus Eigenkapital, sei es auf dem Kreditwege, wird im allgemeinen auch sachkundig und zuverlässig im Sinne der Rechtsbestimmungen sein. Mit der Verschärfung des Wettbewerbs muß das Warenlager umfangreicher werden und wird die Umschlagsgeschwindigkeit geringer. Hinzu kommen die kräftig erhöhten Ansprüche des Einzelhandels an die Zielgewährung. Selbst vermag der Großhandel aber nur in bescheidenem Umfang Kredit zu erhalten. Daher ist der Besitz eines nicht allzu knapp bemessenen Eigenkapitals gerade für die Neugründung einer Großhandelsfirma unentbehrlich.

Ist aus den erwähnten Gründen ein rechtlicher Schutz gegen Neuzulassungen weniger wichtig als noch vor einiger Zeit, so hat der Zulassungszwang andererseits manche Nachteile zur Folge. Er hat verschiedene bereits bestehende Unternehmen, auch des Handwerks, veranlaßt, sich um die Zulassung zu bemühen, um Vorteile im Einkauf zu gewinnen; nicht aber, um die üblichen Aufgaben des Großhandels wahrzunehmen. Namentlich im Elektroinstallationshandwerk wird darüber geklagt. Ohne die offizielle Anerkennung einer „Großhandelsabteilung" solcher Betriebe wird die Industrie kaum bereit sein, zu den für den Großhandel gültigen Preisen zu liefern.

Bei den Verhandlungen über die künftige Gewerbezulassung dürfte wegen der geschilderten Enwicklung auch aus den Ländern, die gegenwärtig noch eine Vorprüfung fordern, der Widerstand gegen die Verwirklichung einer völligen Gewerbefreiheit im Großhandel in der Regel nicht allzu nachdrücklich sein.

Rückwirkende Aufhebung von Strafurteilen?

Debatte um die Rehabilitierung – Wieder Ordnungsrufe im Bundestag

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 16. März

Zu scharfen Auseinandersetzungen, in die auch Justizminister Dr. Dehler hineingezogen wurde, kam es im Bundestag anläßlich der Debatte über den Antrag der SPD auf Erlaß eines Gesetzes zur Wiedergutmachung natonalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtsfrage. Nach dem Gesetzentwurf sollen alle Strafurteile, die auf nationalsozialistischen Gesetzen beruhen, für nichtig erklärt werden. Bundesjustizminister Dr. Dehler bezeichnete es als juristische Unmöglichkeit, die während der Existenz des nationalsozialistischen Staatswesens ausgesprochenen Urteile nachträglich als nicht bestehend zu betrachten. Man könne ein Gesetz, das lange Jahre gehandhabt worden sei, nicht rückwirkend für unrechtmäßig erklären, da dies zu einer schädlichen Rechtsauffassung führe.

Dr Arndt (SPD) machte darauf den Zwischenruf: „Wenn Herr Minister Dehler spricht, ist es jedesmal ein nationales Unglück." Als hierauf der FDP-Abgeordnete Euler in scharfer Form protestierte und den Ausdruck „Pöbel" fallen ließ, rief ihn Vizepräsident Schäfer zur Ordnung. Erst später, nachdem sich Vizepräsident Schäfer den stenographischen Text der Aeußerung des Abgeordneten Arndt hatte geben lassen, rief er auch diesen zur Ordnung.

Der SPD-Abgeordnet Zinn, der den Gesetzentwurf vor halbleerem Hause begründete, erklärte, daß die Widerstandskämpfer ebenso ein Anrecht auf Rehabilitierung hätten, wie alle diejenigen, die in irgendeiner Form dem natonalsozialistischen Terror zum Opfer gefallen seien. Die Zahl dieser Menschen sei erschreckend groß, beliefen sich doch die vorsichtigsten Schätzungen allein für die Zeit von März 1933 bis September 1939 auf eineinhalb Millionen, die durch nationalsozialistische Richter ins Zuchthaus oder ins Gefängnis gebracht worden wären. Viel größer noch sei die Zahl derjenigen, die in den Kriegsjahren, besonders 1944,45, ihren Widerstand mit ihrer Freiheit oder gar mit dem Leben bezahlt hätten. Mit Amnestien sei es nicht getan, denn selbst die wohlwollendste Amnestie tilge die Strafe nicht aus dem Strafregister. Ein Gesetz zur Wiedergutmachung sei eine politische Notwendigkeit, der man sich nicht entziehen könne.

Wie sich aus der Rede des Abgeordneten Zinn ergab, hatte der FDP-Abgeordnete Dr. Oellers maßgebend am Zustandekommen des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs mitgewirkt; auch der CDU-Abgeordnete Dr. Hermann Kopf

Weizeneinfuhr künftig verbilligt

Auswirkungen des Beitritts der Bundesrepublik zum Weltweizenrat

dl. Bonn, 17. März

Die Zulassung der deutschen Bundesrepublik wird in einem von dem internationalen Weizenrat herausgegebenen Kommuniqué bestätigt. Darin heißt es: „Der Beitritt Westdeutschlands mit einer garantierten Einfuhrquote von 1,8 Millionen Tonnen im Jahr wurde genehmigt." Bundesernährungsminister Dr. Wilhelm Niklas begrüßte die Aufnahme der Bundesrepublik, da sich für den Bund eine wesentliche Verringerung der Subventionsleistungen für Getreide ergebe.

Zu der politischen Seite der Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Weltweizenrat sagte er, mit ihr beginne die Eingliederung Deutschlands in das Netz der offiziellen internationalen Organisationen. Der Weltweizenrat unterstehe dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen.

Die deutsche Bundesrepublik ist berechtigt, im laufenden Jahr und in den kommenden drei Erntejahren den Weizen für 1,80 Dollar pro Bushel (Bushel = 27,2 Kilogramm) zu importieren. Das bedeutet bei dem derzeitigen künstlich hochgehaltenen Marktpreis eine jährliche Ersparnis von etwa 40 Millionen Dollar. Sollte die Bundesrepublik die garantierte Menge nicht abnehmen, dann kann sie dazu gezwungen werden, allerdings nur zu einem Preise von 1,50 Dollar je Bushel im laufenden Jahr, 1,40 Dollar im nächsten, 1,30 Dollar im dritten und 1,20 Dollar im vierten Jahr.

Eine Wirtschaftssensation in Paris

Sonderdienst

rs. Paris, 16. März

Das große 100 Jahre alte Pariser Warenhaus „Bon marché" mußte beim Handelsgericht seine Bilanz einreichen, weil es nicht in der Lage war, die notwendigen Ueberbrückungskredite in Höhe von 200 Millionen Franken zur Abdeckung dringender Verbindlichkeiten zu finden. „Bon marché" beschäftigt allein in Paris 4000 Arbeiter und Angestellte.

In Stockholm beginnt am Donnerstag der dritte Kongreß des kommunistisch-orientierten „Weltfriedens-Komitees" unter der Leitung von Professor Juliot Curie. An der viertägigen Kundgebung nehmen 150 Delegierte aus zahlreichen Ländern teil.

Die umstrittenen Möbel von Deichmannsau. Der Haushaltsausschuß des Bundestages regte an, die Regierung möge den Ausbau der Deichmannsau, der Villa des amerikanischen Hohen Kommissars in Bad Godesberg untersuchen lassen. Deutsche Architekten sollen sie mit unerhörtem Luxus ausgebaut haben. Nach einem kritischen amerikanischen Zeitungsartikel (wir haben darüber bereits berichtet), sollen jedoch die amerikanischen Behörden veranlaßt haben, daß die kostbaren Möbel beiseite gestellt und billige angeschafft werden. Der Ausschuß meinte dazu, man solle die Möbel auch benutzen, anstatt sie wegzustellen und billige zu kaufen.

---

†

Statt besonderer Anzeige!

Heute morgen 3 Uhr entschlief nach langem, mit großer Geduld getragenem Leiden, mein lieber Mann, mein guter Vater und Schwiegervater, unser lieber Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Schreinermeister

GUSTAV WELLENBECK

im Alter von 73 Jahren.

In stiller Trauer:

Wwe. Clara Wellenbeck
geb. Lemmert
und Kinder.

Halver, den 17. März 1950.
von Vinckestraße 28

Die Beerdigung findet am Montag, dem 20. März 1950, um 15.30 Uhr, vom Sterbehause aus, statt.

Nachruf!

Heute morgen 3 Uhr verschied nach einem langem Leiden der Senior-Chef unserer Firma

Schreinermeister

Gustav Wellenbeck

Lange Jahre haben wir mit ihm zusammenarbeiten dürfen, ein alter Meister seines Fachs, der uns stets mit Rat und Tat zur Seite stand.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten und in seinem Geiste die Arbeit fortsetzen.

Belegschaft der Firma
Gustav Wellenbeck, Halver

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Kirchengemeinde Halver. Sonntag, den 19. März (Lätare). **9 Uhr** Konfirmation für den Westbezirk, Pastor Dr. Große-Dresselhaus (Mitwirkung der Chöre). Im Anschluß Feier des Heil. Abendmahls. 14 Uhr Prüfung für den Ostbezirk, Pastor Stommel. Dienstag, 21. März, 15,30 Uhr Frauenhilfe. Freitag, 20,15 Uhr Passionsgottesdienst und Heil. Abendmahl. Sonnabend, 20,15 Uhr Bibelstunde, Prediger Bohl.

Glörfeld: Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst.

Oberbrügge: Sonntag, 19. März, 9,30 Uhr Gottesdienst in der Schule Oberbrügge, Past. Deitenbeck; 10,45 Uhr Jugendgottesdienst, Pastor Deitenbeck. Dienstag, 19,30 Uhr Jungmädchenkreis. Mittwoch, 19,30 Uhr CVJM, Schule Oberbrügge. Donnerstag, 20 Uhr Passionsgottesdienst, Schule Oberbrügge.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag, 19. 3. 1950, 9,30 Uhr Erbauungsstunde; 11 Uhr Sonntagsschule; 20,15 Uhr Bibl. Vortrag. Dienstag, 20,15 Uhr Gem. Chor. Mittwoch, 15,30 Uhr Frauenstunde; 20,15 Uhr Gem. Jugendstunde. Donnerstag, 15 Uhr Unterricht; 20,15 Uhr Gebetsstunde. Freitag, 15 Uhr Unterricht; 20,15 Uhr Männerchor. Samstag, 15,30 Uhr Jungscharen; 20,15 Uhr Bibelstunde Schmidtsiepen.

Evangelisches Vereinshaus Halver. Sonntag, den 19. 3. 1950. 9,15—9,45 Uhr Gebetsstunde; 16,30 Uhr Bibelstunde. Montag, 20,15 Uhr Gemischter Chor. Dienstag, 20 Uhr CVJM-Jungmännerstunde, Bibelarbeit über Joh. 14, 15—24. Mittwoch, 20,15 Uhr Jungmädchenkreis. Donnerstag und Freitag: Besuch des Bundesgauwart Erich Frische. Samstag, 15,30 Uhr CVJM-Jungschar; 20 Uhr CVJM-Jungenschaft; 20,15 Uhr Bibel- und Gebetsstunde im Konfirmandensaal.

Katholische Christ-Königs-Gemeinde Halver. Sonntag, 19. März 1950, 4. Fastensonntag. 7 Uhr Frühmesse mit gem. hl. Kommunion der Männer; 9 Uhr Kindermesse; 10,15 Uhr Hochamt; 17 Uhr Fastenandacht, 4. Fastenpredigt (H. H. Vikar Friedrich, Lüdenscheid) und sakramentaler Segen. Montag, 20. 3., 7,15 Uhr hl. Messe; 8 Uhr Hochamt zu Ehren des hl. Josef. Dienstag, 21. 3., 8 Uhr Schulmesse. Mittwoch, 22. 3., 6 Uhr Pfarrjugendmesse; 7,15 Uhr hl. Messe. Donnerstag, 23. 3., 7,15 Uhr hl. Messe; 8 Uhr hl. Messe. Freitag, 24. 3., 8 Uhr Schulmesse. Samstag, 25. 3., 7,15 Uhr Hochamt zu Ehren der Gottesmutter; 8 Uhr hl. Messe.

Ehringhausen: Sonntag 19. 3., 4. Fastensonntag. 8 Uhr Frühmesse; 10 Uhr Hochamt. Dienstag und Freitag, 7,30 Uhr Schulmesse.

Evangelische Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag, den 19. 3. 1950. 9,30 Uhr Gottesdienst, P. Trenner; 10,45 Uhr Kindergottesdienst; 20 Uhr Biblischer Vortrag, Missionsprediger Bohl. Mittwoch, den 22. 3., 17 Uhr Passionsandacht im Konfirmandensaal, P. Trenner; 20 Uhr Bibelstunde im Konfirmandensaal, Missionsprediger Bohl.

Freie evangelische Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, 19. 3. 1950. 9,30 Uhr Erbauungsstunde; 10,45 Uhr Sonntagsschule; 16 Uhr Schlußversammlung der Bibelwoche, Prediger Arnold, Düsseldorf; 20 Uhr Vortrag von Prediger Arnold, Düsseldorf, „Revolution der Ehe". Montag 20. 3. 50, 20,30 Uhr Männerchor. Dienstag, 21. 3. 50, 16,30 Uhr Frauenstunde; 20,15 Uhr Jugendstunde. Mittwoch, 22. 3. 1950, 20,30 Uhr Gemischter Chor. Donnerstag, 23. 3. 50, 20,30 Uhr Gebetsstunde.

Dahlerbrück: Sonntag, den 19. 3. 1950, 9,30 Uhr Gottesdienst, P. Gr.-Oetringhaus; 10,45 Uhr Kindergottesdienst. Donnerstag, den 23. 3., 20 Uhr Passionsandacht in der Waldkirche, Missionsprediger Bohl.

Katholische Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag, 19. März 1950, 9,30 Uhr Hochamt Schalksmühle; 7 Uhr Frühmesse Rummenohl; 11,30 Uhr Hochamt Rummenohl; 8,30 Uhr hl. Messe Dahl.

Evangelische Kirchengemeinde Kierspe. Kierspe-Bhf.: Sonntag, 8 Uhr Gottesdienst; 10 Uhr Kindergottesdienst in der Schule; 16 Uhr Bibelstunde in der Schule. Mittwoch, 20 Uhr, 4. Passionsandacht. Mittwoch 15 Uhr Frauenhilfe in der Schule.

Kierspe: Sonntag, 9 Uhr Kindergottesdienst; 10 Uhr Gottesdienst; 20 Uhr Bibelstunde im Lutherhaus. Donnerstag, 20 Uhr 4. Passionsandacht.

Die Jugendstunden finden zur gewohnten Zeit statt.

Evangelische Kirchengemeinde Rönsahl. Sonntag den 19 März (Lätare) 10 Uhr Gottesdienst, 11.15 Kindergottesdienst; Mittwoch, 22. März 20.15 Uhr V. Passionsandacht; Donnerstag, den 23. März 20.15 Uhr Jungmutterkreis im Pfarrhaus. Die übrigen Jugend- und Vereinsstunden finden zu den üblichen Zeiten statt.

Für den Herd
Nicco
ÜBERALL ZU HABEN!

Aerztlicher Sonntagsdienst Halver
Sonntag, 19. März 1950
Dr. med. Eversmann

Aerztlicher Sonntagsdienst Schalksmühle
Sonntag, 19. März 1950
Dr. med. Feldermann

Aerztlicher Sonntagsdienst Kierspe-Rönsahl
Sonntag, den 19. März 1950
Dr. Schürfeld, Kierspe
Telefon Meinerzhagen 427.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter sagen wir allen unseren tiefgefühlten Dank.

Familie Wilh. Scharwächter
Familie Wilhelm Kirchhoff
Lingen und Carthausen im März 1950.

Für die Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen herzlichen Dank.

Wilhelm Seim
und Kinder

Halver, im März 1950.

Wir danken herzlich für alle Liebe und Teilnahme, die uns beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen in so reichem Maße zuteil wurde.

Frau Anna Wirths
und Kinder

Halver, im März 1950.

---

1 Selbstbinder
Original Fahn Nr. 3
1 5PS-Bindermotor
Fichtel & Sachs (Rechtslaut)
1 Kastenfederwagen
1 Anhänger für PKW
(Einachser neu)
1 Sturzkarre
1 leichter Rungenwagen
preiswert zu verkaufen.
Erich Klingelhöfer
Auf dem Busch
Ruf Meinerzhagen 451

Glörfelder Jagdbezirk
Krähen-Vertilgung vom 18. März bis 25. März 1950 durch Gifteier.
Die Anpächter.

DKW-Motorrad
300 ccm. Zugelassen, in gutem Zustand für DM 200 zu verkaufen. Zu ertragen in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers.

Inserieren bringt großen Erfolg!

Lichtspiele Karlshöhe
Sonnabend 20 Uhr
Sonntag 17 un 20 Uhr
Montag 20 Uhr
Der große
Richard Eichberg-Film
Der Tiger von Eschnapur
Neuaufführung durch die Herzog-Film G. m. b. H.

Schulreißzeuge
Wilh. Bell jr., Halver

1000 Stück Bohnenstangen
zu verkaufen bei
Hugo Frede
Schmalenbach bei Halver

Beachten Sie bitte!
Ein schönes Bild zur Konfirmation
gut und preiswert durch
Foto Pollmann,
Treysa bei Kassel
am 18. März
19. März } 9–13 Uhr
20. März } 15–18 Uhr
21. März
bei
Hugo Wiegand, *Halver, Bahnhof 1, I. Stock.*
Am Sonntag, 19. März 1950, vormittags nach der Konfirmation, nachmittags nach der Prüfung, auf dem Kirchplatz Gelegenheit für schöne Aufnahmen.

Morgen, Samstag vormittag 10 Uhr
ERÖFFNEN WIR
in einem Saal des Restaurants ZICKGRAF (Concordia) mit separ. Eingang vorübergehend
wieder unseren Verkauf
mit einem Teil unserer Abteilungen und zwar finden Sie in besonders reichhaltiger Auswahl:
Damen- u. Herrenwollstoffe, Seiden- Futter- u. Waschstoffe
Baumwollmeterware und abgepaßte Ware (Bett-, Tisch-, Frottierwäsche, Tischtücher)
Gardinen und Dekorationsstoffe
Damen- und Mädchenwäsche, Schürzen und Kittel.
Strümpfe, Handschuhe und Kurzwaren
Textilhaus KRAUSE
LÜDENSCHEID